



Niederschrift

3. Plenarsitzung des Gemeinderates
22. Oktober 2024, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 16 der Tagesordnung: Ergänzung des Rahmenkonzeptes für den Ausbau öffentlicher und öffentlich zugänglicher E-Ladeinfrastruktur der Stadt Karlsruhe
Vorlage: 2024/0458

Punkt 16.1 der Tagesordnung: Ergänzung des Rahmenkonzeptes für den Ausbau öffentlicher und öffentlich zugänglicher E-Ladeinfrastruktur der Stadt Karlsruhe
Änderungsantrag: GRÜNE
Vorlage: 2024/0458/1

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt das fortgeschriebene Rahmenkonzept für den Ausbau öffentlicher und öffentlich zugänglicher E-Ladeinfrastruktur nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit mit Naturschutzbeirat und beauftragt die Verwaltung, den Ausbau der Ladeinfrastruktur in diesem Sinne weiter zu verfolgen.

Abstimmungsergebnis:

TOP 16: Mehrheitliche Zustimmung
TOP 16.1: vertagt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkte 16 und 16.1 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit am 15. Oktober 2024.

Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE): Das Thema Nutzung von E-Autos ist ein entscheidender Baustein bei unserem Klimaschutz und ist eben die sogenannte Antriebswende. Und deswegen ist es uns ein dringliches und unheimlich wichtiges Thema, was aus unserer Sicht eben noch schneller vorankommen muss. Wir sind in Karlsruhe hier eben leider nicht an der Spitze, sondern wir sind eben da eher hinterher, weil wir eben bei der öffentlichen Ladeinfrastruktur einen stellenweise gefühlten und stellenweise oder in vielen Teilen der Stadt aber auch tatsächlichen Mangel haben. Und das gilt eben insbesondere für die gründerzeitlichen Quartiere mit Mehrfamilienhäusern, wo eben dann die Leute auch gar nicht im Privaten die Möglichkeit haben, zu laden. Ohne diese Möglichkeit zu laden, haben wir auch keine Akzeptanz für Elektroautos und blockieren damit eben das Erreichen unserer Klimaschutzziele. Ein Grund für das Fehlen der Ladeinfrastruktur ist unser

bisheriges Konzept, das wir uns selber gegeben haben für die Ladeinfrastruktur, bei dem wir uns rein auf das Schnellladen fokussiert haben und zudem noch viele Kriterien definiert haben, wo dann dieses Schnellladen eben auch nicht erlaubt sein soll. Und gleichzeitig haben wir eben die sogenannte Langsam-Ladeinfrastruktur komplett untersagt und eben verhindert, dass die irgendwo aufgebaut werden konnte, wenn Unternehmen das privatwirtschaftlich selber machen wollten.

Deshalb ist es sehr gut, und wir unterstützen das jetzt absolut, dass dieses Konzept fortgeschrieben wird und dass es eben hier vorangeht, dass wir wieder mehr Orte öffnen wollen für das Schnellladen und eben noch viel wichtiger, dass wir die Langsam-Ladeinfrastruktur überhaupt erst einmal in diesen Prozess reinnehmen wollen. Aber auch mit dieser Fortschreibung, die jetzt kommt, haben wir eben einige Probleme gesehen und deswegen auch unser Ergänzungsantrag. Für die Langsam-Ladeinfrastruktur wurden eben auch enorm viele Ausschlusskriterien definiert, wo und wann das dann wiederum nicht möglich sein soll, Ladeinfrastruktur aufzubauen. Und da sind eben unterschiedlichste Kriterien aus den unterschiedlichsten Richtungen zusammengekommen, die einzeln durchaus sinnvoll erscheinen mögen, die aber in der Summe halt den kompletten Aufbau der Ladeinfrastruktur wieder eben enorm verlangsamen. Das würden wir uns anders wünschen. Zum Beispiel gibt es die Kombination, auf Längsparkplätzen darf keine Ladeinfrastruktur entstehen, unter Bäumen nicht und in Gebieten mit Parkdruck auch nicht. Wo soll dann in der Weststadt oder in so einem anderen Stadtteil in der Art dann noch überhaupt eine Ladesäule entstehen? Das ist die Frage, die wir uns stellen. Deswegen haben wir diese recht kleinteiligen und auch sehr kurzfristigen Änderungen jetzt so eingereicht. Das war nicht in unserem Sinne, das so kleinteilig und kurzfristig zu machen, aber es kommt auch aus diesen kleinteiligen Kriterien, die in dem Konzept definiert wurden.

Stadtrat Bunk (CDU): Wir finden es grundsätzlich ebenfalls richtig, dass man sich das anguckt und auch die Langsam-Ladeinfrastruktur in den Stadtteilen selbst ausbaut. Wir würden aber gerne im Ausschuss die Kriterien noch mal im Detail beleuchten und dann eventuell auch in einzelnen Stadtteilen oder einem Stadtteil vorab einmal im Rahmen eines Pilotprojekts testen, wie sich so veränderte Kriterien eventuell auswirken und würden das deswegen im Ausschuss gerne noch einmal beraten, auch wenn wir es von der Idee grundsätzlich sehr richtig und wichtig finden.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Vonseiten der SPD-Fraktion begrüßen wir jegliche Initiative zum Ausbau der E-Ladeinfrastruktur. Aber die kleinteilige Antwort der GRÜNEN zeigt eben auch, wie kleinteilig letztendlich das Konzept ist. Und hier würden wir uns, man höre und staune, ein Weniger an Regulation wünschen. Es ist eine grundlegende politische Entscheidung, entweder sich für oder gegen diese Art der Mobilität auszusprechen. Wir sprechen uns dafür aus. Das heißt für uns, dass sowohl Schnellladesäulen, aber auch die Langsam-Ladestation, die Infrastruktur dafür geschaffen werden muss. Und aus gemachter Erfahrung, wir haben schon genug Bürokratie in diesem Land, wird es selten besser, wenn wir mehr Restriktionen einführen. Das ist jetzt ein Punkt, der nicht unmittelbar den öffentlichen Raum tangiert, aber es gibt eben Schnittstellen zwischen öffentlichem und privatem Raum, dass also Bürgerinnen und Bürger gerne sich eine entsprechende Langsam-Ladestation auf ihrem Grundstück bauen würden, aber im Endeffekt müssen sie dann ein Stück weit über öffentlichem Grund, und auch hier sind die Restriktionen mannigfaltig. Auch hier würden wir uns ein Mehr an Dynamik und Bereitschaft wünschen, auch ein

Stück weit, dass Karlsruher Vorreiterrolle im Bereich der E-Ladeinfrastruktur im Land werden kann. So gesehen gehen wir den Weg mit, wünschen uns aber da entsprechend, wie es auch schon vonseiten der CDU anklang, noch einmal eine Debatte in den zuständigen Ausschüssen, um eben auch hier einen entsprechenden Fortschritt zu erzielen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Was uns jetzt hier vorgeschlagen wird, ist ja ein Paradigmenwechsel. Kriterien, die bisher für richtig gehalten wurden, und Techniken, die bisher für richtig gehalten wurden, nämlich das Schnellladen im Gegensatz zum Langsamladen, werden jetzt letztendlich über Bord geworfen. Von 118 Flächen waren nur sechs geeignet und jetzt soll praktisch das alles geändert werden, damit dann viele andere Flächen auch infrage kommen. Und aus unserer Sicht ist dieser Paradigmenwechsel nicht nachzuvollziehen. Wir halten es auch nicht für sinnvoll, dass die Stadt jetzt Platz macht für Langsam-Ladesäulen. Das sollte den Privatleuten vorbehalten bleiben.

Wir haben diese Vorlage in der Fraktion kontrovers diskutiert, aber es gibt Umfragen unter E-Auto-Besitzern, bei denen herauskommt, dass ein Drittel von denen in Zukunft kein E-Auto mehr fahren wollen. Wir legen uns jetzt für einen sehr langen Zeitraum fest. Wir haben die Befürchtung, dass wir dann Flächen, die wir für E-Autos reservieren, in Zukunft für die gar nicht mehr gebraucht werden. Deswegen lehnen wir die Vorlage ab.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Der Ausbau der Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität ist der Schlüssel für die Akzeptanz und für den Erfolg der Elektromobilität. Das sage ich hier nicht nur als jemand, der seit fast zehn Jahren rein elektrisch fährt, sondern auch als jemand, der sich kommunalpolitisch auch in dem Bereich schon immer dafür eingesetzt hat. Ich darf Ihnen ein Beispiel nennen aus meiner Tätigkeit als Ortschaftsrat in Durlach. Dort ist mir in der Nähe der Post in der Gritznerstraße eine Ladesäule aufgefallen, die man durchweg einfach als Schildbürgerstreich bezeichnen konnte. Da waren zwei Ladesteckdosen und ein Stellplatz. Wir dachten dann im Ortschaftsrat in Durlach, ist doch super, ist doch kein Problem, das Ding zu versetzen, das kann ja gar nicht so schwer sein. Nicht weniger als vier Stellen waren beteiligt, um diese Ladesäule zwei Meter weiter zu versetzen. Es war beteiligt die EnBW, es waren beteiligt die Stadtwerke, das Tiefbauamt, und zuletzt musste das Ordnungsamt auch noch Schilder anbringen. Die Säule wurde um fünf Meter versetzt, es ging zwei Jahre. Wir in Durlach verfolgen dann ganz gerne den pragmatischen Ansatz. Die Ortsvorsteherin gemeinsam mit den Fraktionen ist durch die Ortschaft gelaufen, hat sich dort verschiedene Möglichkeiten an Stellplätzen ausgedacht. Es ist gesagt worden, ja, ist toll, ist kein Thema, hier ist eine Trafostation, hier machen wir das, alles easy. Es wurde ein Arbeitskreis gegründet, und dann geschah erst einmal nichts. Man konnte fast den Eindruck haben, dass gewisse politische Kreise in dieser Stadt nicht nur die Verbrenner abschaffen wollen, dass sie das Auto komplett verbannen wollen, egal wie der Antrieb ist. Das ist das Gefühl gewesen.

Ich muss sagen, ich war außerordentlich überrascht, als ich diese Paradigmenwende, die ich für nötig halte, auf der Tagesordnung gefunden habe, dass man eben von der reinen Schnellladeinfrastruktur weggeht zur Möglichkeit, dass die Bewohner im Quartier über Nacht laden können, dass man die Ladezeitbegrenzung aufhebt. Hier muss eben öffentliche Hand und Wirtschaft zusammenarbeiten. Der Markt allein funktioniert in diesem Feld nicht. Hier muss die Stadt sich mit engagieren. Wir begrüßen das außerordentlich und auch der Ergänzungsantrag von den GRÜNEN, der ist überraschend pragmatisch. Die Bürokratie muss weg. Und auch was ich hier vom Kollegen Dr. Fechner

gehört habe, wir haben schon genug Bürokratie. Weg damit und schnell ran, und dann schaffen wir attraktive Angebote. Und attraktive Angebote ist das, was wir Liberale in der Mobilität haben wollen.

Stadtrat Haug (KAL): Auch wir freuen uns über die Fortschreibung des Rahmenkonzepts und auch all die Erfordernisse der Ladestationen und Ähnliches und gehen da auch mit. Auch den Antrag der GRÜNEN gehen wir dem Grunde nach mit, haben da aber eine Nachfrage, weil unter Punkt 2 wird da beantragt, bezogen auf die Stellplatzwahl, dass dann auch im näheren Umfeld ausreichende Verfügbarkeit von Senkrechtparkplätzen und Schrägparkplätzen ohne Nutzungszuweisung, zum Beispiel Lieferparkplätze/Stellplätze für Menschen mit Behinderung entfallen können. Wenn damit gemeint ist, dass damit auch Parkplätze für Menschen mit Behinderung entfallen würden, diesen Punkt könnten wir nicht mittragen. Oder haben wir das irgendwie falsch verstanden?

Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE): Also es geht natürlich nicht darum, dass diese Stellplätze entfallen sollen, sondern es geht darum, dass der Punkt im Konzept entfallen soll, weil im Konzept explizit noch einmal darauf verwiesen würde, dass man Ladeinfrastruktur nur dort aufbauen darf, wo dann noch weitere senkrechte Stellplätze in großer Zahl vorhanden sind. Da wir aber generell wollen, dass auch auf Längsparkplätzen solche Ladepunkte entstehen können, ist das andere einfach nicht mehr notwendig als zusätzliche Einschränkung. Also uns ging es wirklich darum, einfach nur unnötige Punkte aus dem Konzept raus zu streichen und es einfacher zu machen, genau.

Der Vorsitzende: Also wir haben folgendes Problem, dass wir Ihnen auf diesem kleinteiligen Änderungsantrag jetzt keine kurzfristige Stellungnahme liefern konnten, weil wir bei mehreren Punkten hier wiederum die Abstimmung brauchen. Und Herr Stadtrat Noé, es ist halt auch nicht einfach, irgendwo eine Tankstelle einzurichten oder so. Da hat man es mit verschiedenen baulichen Tätigkeiten zu tun, an der Stelle noch mit Elektrik und allem Möglichen. Und da geht es ja nicht um fünf Meter Abstand oder nichts, sondern es geht um alle diese grundsätzlichen Dinge, die an jedem Ort eben wieder neu diskutiert werden müssen. Aber es ist schön, dass Sie den Eindruck verlieren, dass wir etwas gegen Elektromobilität hätten. Das ist ja immerhin schon einmal etwas, was wir dann erreicht hätten. Deswegen wäre unser Vorschlag, dass Sie heute unserer Vorlage zustimmen und wir dann Ihren Änderungsantrag noch einmal in die Ausschüsse tun, oder wir nehmen es gleich zusammen in die Ausschüsse. Das können wir auch machen. Aber dann brauchen wir noch eine Runde.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Wir sehen es ja schon, dass mit dem überarbeiteten Konzept jetzt auch Fortschritte gemacht werden gegenüber dem, was wir aktuell haben. Deswegen stimmen wir gerne der Vorlage zu und wünschen uns eben, dass eine weitere Überarbeitung über diese Details, die jetzt ja auch schon wieder angefragt worden sind, dann auch einfach noch einmal im Ausschuss stattfinden kann.

Der Vorsitzende: Alles klar, dann betrachten wir den Antrag als vertagt auf die nächste Möglichkeit, es ausführlich zu beraten und stimmen jetzt über die Vorlage der Verwaltung ab, und zwar ab jetzt – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung, vielen Dank.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
29. Oktober 2024